

## **Aktuelles aus dem Parlament**

**Nr. 11/2011**

**21. Oktober 2011**

**Im Mittelpunkt der Plenarsitzung des Nationalrats stand die Budgetrede von Finanzministerin Maria Fekter. Daneben haben wir eine Reihe - auch für das Burgenland - wichtiger Gesetze und Vorhaben beschlossen. Hier ein Überblick.**

### **Budgetentwurf für 2012**

#### **Österreich braucht Stabilität - gerade in Krisenzeiten**

Stabilität, Berechenbarkeit und Verantwortung - das sind die Säulen für das Budget 2012, das Finanzministerin Maria Fekter in ihrer ersten Budgetrede dem Nationalrat vorgelegt hat.

Österreich ist im Vergleich zu anderen Staaten bisher gut durch die Finanz- und Schuldenkrise gekommen. Das soll auch weiter so bleiben. Das Budget soll dazu beitragen, die gemeinsame Währung, den Wohlstand und die Ersparnisse der Menschen zu sichern, das Defizit mittelfristig abzubauen und trotzdem das wirtschaftliche Wachstum im Auge zu behalten. Wenn uns das nicht gelingt, geht es uns irgendwann so wie anderen Ländern, die durch hohe Defizite und ein Leben über staatliche Verhältnisse die Wirtschafts- und Finanzkrise nicht mehr alleine bewältigen können und der jungen Generation die Zukunft verbauen.

Das gesamtstaatliche Defizit soll 2012 auf 3,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zurückgehen, die Verschuldensquote 74,6 Prozent betragen. Basis dafür ist der bis 2015 gültige Bundesfinanzrahmen. Für 2013 wird mit einem weiteren Anstieg der Schulden auf 75,5 Prozent des BIP gerechnet, ab 2014 aber soll dieser dann wieder sinken. Das Defizit soll 2013 unter die Maastricht-Grenze von drei Prozent fallen und bis 2015 auf zwei Prozent reduziert werden.

Trotz des Sparkurses ist es aber wichtig, in Zukunftsbereiche zu investieren. Daher gibt es zusätzliche Mittel für Forschung, Bildung, Familie, Arbeitsmarkt, Pflege und Klimaschutz. Sorgen auf der Ausgabenseite machen vor allem die stark steigenden Ausgaben für Pensionen und Zinsen. Die Pensionszuschüsse des Bundes steigen um 600 Millionen auf 10,2 Milliarden Euro an, die Ausgaben für Beamtenpensionen von acht auf 8,4 Milliarden Euro.

Sowohl Fekter als auch Vizekanzler Michael Spindelegger haben klargestellt, dass die Entlastung der breiten Masse der Steuerzahler ein Schwerpunkt der ÖVP bleiben wird. Wir werden entsprechende Vorschläge dafür ausarbeiten. Denn jene, die hart arbeiten, sind schon heute mehrfach belastet und brauchen unsere besondere Aufmerksamkeit.

Ab Anfang November folgen die Detailberatungen des Budgets in den jeweiligen Ausschüssen. Der Beschluss im Plenum des Nationalrats ist für Mitte November geplant.

#### **Rechnungsabschluss: Ausgaben und Einnahmen des Bundes 2010 gesunken**

Der Bundesrechnungsabschluss zeigt für 2010 ein Defizit von 4,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Die Ausgaben des Bundes lagen mit 67,3 Mrd. Euro um 2,2 Mrd. unter denen von 2009. Auch die Einnahmen blieben mit 59,4 Mrd. um 2,9 Mrd. Euro unter dem Stand von 2009. Die Staatsschuld stieg um 14,2 Mrd. Euro auf 205,2 Mrd. Euro, was 72,3 Prozent des BIP entspricht. Das BIP wuchs um zwei Prozent, die Arbeitslosenquote ging auf 6,9 Prozent zurück.

## **55 Millionen Euro Bundesförderung für Kinderbetreuungseinrichtungen**

Der Bund unterstützt den weiteren Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen. Einer Bund-Länder-Vereinbarung zufolge stellen beide Seiten bis zum Jahr 2014 jeweils 55 Millionen Euro für zusätzliche Plätze bereit. Zusätzliche Mittel der Gemeinden werden in die Kofinanzierung des jeweiligen Landes eingerechnet. 2012 zahlt der Bund 10 Millionen Euro, in den drei Jahren darauf je 15 Millionen Euro. Damit sollen pro Jahr rund 5.000 Betreuungsplätze geschaffen werden, vorrangig für Kinder unter drei Jahren. Von den Bundesmitteln dürfen maximal 25 Prozent für Plätze für Drei- bis Sechsjährige verwendet werden. Voraussetzung für die Förderung ist ein Mindestausmaß an Öffnungszeiten. Um beim Ausbau von Kindergärten oder Krippen die Bundesförderung in Anspruch nehmen zu können, müssen sich die Betreiber wie bisher an die zuständige Stelle in der Landesregierung wenden.

## **Bund und Länder müssen im Klimaschutz zusammenarbeiten**

Das neue Klimaschutzgesetz schreibt erstmals die gemeinsame Verantwortung von Bund und Ländern bei der Eindämmung der CO<sub>2</sub>-Emissionen fest. Es enthält verbindliche Vereinbarungen für mehr Energieeffizienz, zur stärkeren Nutzung erneuerbarer Energieträger sowie für Klimaschutz in Raumplanung, Verkehr und Abfallvermeidung. Für die einzelnen Sektoren gibt es Emissionshöchst-mengen. Werden diese überschritten, müssen umgehend Verhandlungen über zusätzliche Maß-nahmen aufgenommen und abgeschlossen werden. Die ersten Verhandlungen sollen bis 31. März 2012 abgeschlossen sein. Ab dem Jahr 2013 gelten die Höchstmengen von Treibhausgasemissionen, für deren Senkung Bund und Länder jeweils Maßnahmen setzen müssen.

## **Telekommunikation: Mehr Konsumentenschutz, neue Infrastruktur**

Zwei Ziele verfolgt die Novelle zum Telekommunikationsgesetz: mehr Konsumentenschutz und den weiteren Ausbau der Telekom-Infrastruktur. Für die Konsumenten wurde eine Wahlfreiheit zwischen elektronischer und Papierrechnung bei Telefon- und Datendiensten festgelegt. Erstverträge haben künftig eine Laufzeit von maximal zwei Jahren. Außerdem soll es automatische Warn-SMS oder eine automatische Drosselung beim Download geben, bevor das festgelegte Downloadvolumen bzw. bei einer bestimmten Kostengrenze erreicht wird. Damit soll unliebsamen und teuren Überraschungen vorgebeugt werden, wenn der Konsument seine Handy- oder Telefonrechnung bekommt.

Um für den steigenden Datenverkehr genug Bandbreite zur Verfügung zu haben, stellt das Telekom-Gesetz die notwendigen Weichen. 2012 werden verschiedene Frequenzen versteigert, deren Erlös in den Ausbau des Breitbandnetzes - vor allem im ländlichen Raum - fließen sollen. Eine sehr unterstützenswerte Petition von Tiroler ÖVP-Kollegen fordert in diesem Zusammenhang, dass dadurch die "weißen Flecken" bei der Breitbandversorgung im ländlichen Raum endlich beseitigt werden sollen.

## **Dienstleistungen können im EU-Raum grenzüberschreitend erbracht werden**

Eine Vertiefung des wirtschaftlichen EU-Binnenmarkts ist das Ziel der EU-Dienstleistungsrichtlinie, deren Umsetzung in Österreich wir beschlossen haben. Im Vordergrund stehen Verwaltungsvereinfachungen für grenzüberschreitend tätige Dienstleister und Regeln für die Zusammenarbeit der Behörden. Für Kunden und Betriebe werden einheitliche Ansprechpartner bei den Landesregierungen eingerichtet. Die Verfahren selbst werden elektronisch abgewickelt. Eigene Verbindungsstellen sorgen für die grenzüberschreitende Behördenkooperation. Für die rechtliche Umsetzung sind in der Folge eigene Landesgesetze notwendig.

## **Teures ÖBB-Abenteuer in Ungarn**

Eingehend debattiert hat der Nationalrat den Bericht des Rechnungshof-Unterausschusses, der zur Erörterung der ÖBB-Spekulationsverluste eingesetzt worden war. Ein Teil des Berichts bezieht sich auf den Kauf des ungarischen Güter-Bahnunternehmens MAV Cargo durch die ÖBB-Tochter Rail-cargo Austria (RCA). Der Rechnungshof kommt zum Schluss, dass der Kauf zwar von der Motivlage verständlich, aber schwerstens überteuert war und von den ÖBB über dubiose und zu teure Berater abgewickelt wurde.

## **Neuer Untersuchungsausschuss widmet sich dem Thema Korruption**

Der Nationalrat hat einen Korruptions-Untersuchungsausschuss eingesetzt, der sich sieben Themen widmen wird. Dazu gehören unter anderem fragwürdige Zahlungen der Telekom sowie die BUWOG-Privatisierung, aber auch die gesteuerte Schaltung von Inseraten durch staatsnahe Betriebe.

## **Auswirkungen der Strafprozessreform werden unter die Lupe genommen**

Der Justizausschuss des Nationalrats hat einen eigenen Unterausschuss eingerichtet. Er wird sich in den kommenden Monaten der Analyse widmen, welche Auswirkungen die große Strafprozessreform 2008 für die Praxis von Justiz und Exekutive gehabt hat und wie sich die Reform bewährt hat. Dem fünfköpfigen Team der ÖVP in diesem Gremium werde auch ich angehören.

## **Mehr Raum für Europa-Themen im Parlament**

EU-Themen bekommen im österreichischen Parlament noch mehr Gewicht. So können Aussprachen über aktuelle Europa-Fragen auf die Tagesordnung von Fachausschüssen gesetzt, EU-Enqueten abgehalten und Sondersitzungen des EU-Hauptausschusses einberufen werden. Die bisher von den einzelnen Ressorts freiwillig erstellten Erläuterungen zu jenen Vorhaben, die in den EU-Ausschüssen eingehend beraten werden, werden zur Pflicht. Die Regierung muss außerdem das Parlament frühzeitig über besonders bedeutende EU-Vorhaben informieren. Die Öffentlichkeit bekommt über eine Datenbank elektronischen Zugang zu allen parlamentarischen EU-Dokumenten.

## **Rechtliche Basis für Auslandseinsätze von Soldaten**

Mehr Rechtssicherheit gibt es für Soldaten bei Diensten außer Landes. Eine Gesetzesnovelle stellt klar, dass für Handlungen, die sie auf einem Auslandseinsatz in Ausübung ihrer Befugnisse setzen, der völkerrechtliche Rechtfertigungsgrund "Ausübung von Amts- und Dienstpflicht" in Betracht kommt.

## **Zusätzliche Handhabe gegen "Hassprediger"**

Die Vorbereitung terroristischer Aktivitäten soll so schwer wie möglich gemacht werden. Künftig ist die Aufforderung zu bzw. die Gutheißung von terroristischen Straftaten strafrechtlich bereits dann relevant, wenn dies vor mindestens 30 Personen passiert. Damit werden z.B Hasspredigten in kleinen Moscheen gesetzlich erfasst. Außerdem ist künftig bereits die Anleitung zur Begehung einer terroristischen Straftat strafbar, und zwar mit bis zu zwei Jahren Haft.

## **Strengeres Berufsbild für Finanzdienstleister**

An die Stelle des bisherigen Berufs "Finanzdienstleistungsassistent" tritt in Zukunft der "Wertpapiervermittler". Das neue Berufsbild stellt ein reglementiertes Gewerbe mit spezieller Ausbildung und laufender Weiterbildung dar. Im Zuge der Finanzkrise hat sich gezeigt, dass dieser Berufszweig dringend neuer Richtlinien bedarf.

### **Parlamentsführungen**

Für **Gruppenführungen** durch das Parlament steht Euch bzw. Ihnen mein **Mitarbeiter Martin Wurglits** als Ansprechperson zur Verfügung (01/40110-4682, 0664/4546818, [martin.wurglits@parlament.gv.at](mailto:martin.wurglits@parlament.gv.at)). Führungen sind an jedem Werktag möglich.

Mit den besten Wünschen

**Franz Glaser**  
Abgeordneter zum Nationalrat